

# Hakki Keskin verläßt die Bürgerschaft im Zorn

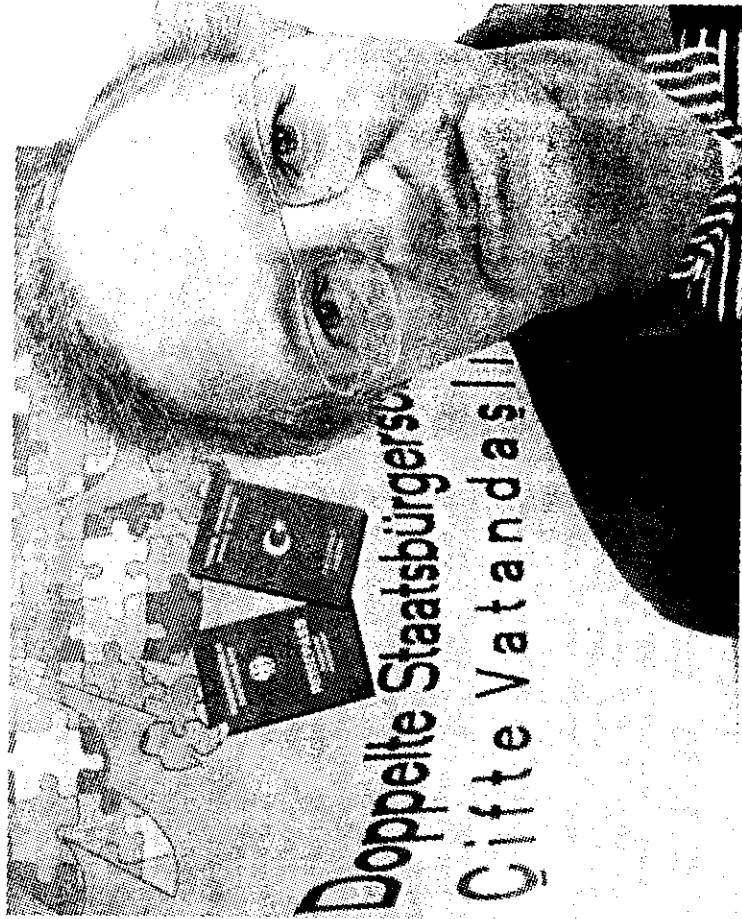
## Der deutsch-türkische SPD-Abgeordnete verzichtete auf neue Kandidatur, weil er Willen zur Veränderung vermißt

Von Karsten Plog

HAMBURG, 29. September. Ein bitteres Fazit seiner vierjährigen Zugehörigkeit zur Hamburger Bürgerschaft als Abgeordneter der SPD hat der deutsch-türkische Politik-Professor Hakki Keskin gezogen. Wenige Tage nach der Wahl vom 21. September hat Keskin, der auch Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland ist, in einem neun Seiten umfassenden Papier der Hamburger SPD-Führung vorgeworfen, sie sei trotz gegenteiliger Bekundungen nicht daran interessiert, gewesen, verprochene Initiativen wie ein „Antidiskriminierungsgesetz“ oder die dringend notwendige Dezentralisierung der Ausländerbehörde in die Praxis umzusetzen. Alle zunächst vorgesehenen Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Minderheiten in der Stadt seien verhindert worden.

Keskin hatte im Frühjahr deshalb auf eine Bewerbung für eine weitere Legislaturperiode verzichtet. „Für einen Vorzeig-Türken bin ich der falsche Mann“, hatte Keskin schon vor vier Jahren bei seiner Bewerbung für eine Kandidatur gesagt.

Er beklagt in seinem Papier verkrustete Machtstrukturen, die Übermacht des Fraktionsvorstandes und die mangelnde Kontrolle von Regierung und Verwaltung durch das Parlament. Eine Gewaltenteilung gebe es praktisch nicht. Selbst die



Frustriert von der SPD-Politik in Hamburg: Hakki Keskin.

(Bild: Archiv)

Ausschüsse, wo über Sachthemen diskutiert und die parlamentarische Hauptarbeit geleistet werden sollte, seien weitgehend machtlos, weil die Entscheidungen bereits zuvor in den Arbeitskreisen gefallen seien. Dort säßen neben den Abgeord-

neten auch Vertreter von Regierung und Verwaltung.

Seine Argumente über ein Antidiskriminierungsgesetz habe er erst gar nicht im Kreis der Fraktion detailliert erläutern können, berichtet Keskin. Fachkenntnisse seien in diesem Kreis gar nicht gefragt. Die Fraktionsspitze kenne häufig die Sachargumente nicht, über die sie entscheide. Er habe zudem oft das Gefühl gehabt, sein Engagement für Ausländerfragen werde „von der eigenen Fraktion nicht als das eines Fachmanns und des ausländerpolitischen Sprechers der Fraktion bewertet, sondern primär als das eines parteiischen Abgeordneten ausländischer Herkunft“. Die Fraktionsspitze habe versucht, ihn im Parlament daran zu hindern, kritisch zur Ausländerpolitik Stellung zu nehmen, indem entsprechende Themen zum Beispiel vom Sozialausschuß, dem Keskin angehörte, an den Innenausschuß verwiesen wurden. Wollte Keskin an der Debatte teilnehmen, sei ihm nur das Mittel der persönlichen Erklärung geblieben.

In der gegenwärtigen Situation empfehle Keskin eine rot-grüne Koalition. Die SPD sei unfähig, aus eigener Kraft „den dringend erforderlichen Prozeß der Erneuerung herbeizuführen“. Eine Koalition mit der CDU werde lediglich dazu führen, „Prüfde zwischen SPD und CDU neu zu verteilen“.

# „Bin kein Vorzeigetürke“

Hakki Keskin, der erste deutsch-türkische Bürgerschaftsabgeordnete, tritt nicht wieder an: Die SPD sei verfilzt, kraftlos und starr ■ **Von Silke Mertins**

Über zwei Jahre fügte sich Hakki Keskin in der Hamburger Bürgerschaft dem Fraktionszwang der SPD – gegen seine „eigene Überzeugung und gegen das eigene Gewissen“. Als sich der erste deutsch-türkische Abgeordnete eines Landesparlaments schließlich entschloß, die minderheitenfeindliche Politik seiner Partei nicht weiter wortlos hinzunehmen, durfte er im Parlament nicht einmal mehr reden. Wenn er zu Migrationspolitik mitdiskutieren wollte, mußte er sich mit einer persönlichen Erklärung begnügen. Der Gang zum Rednerpult wurde zum Spießrutenlauf.

Nun, drei Tage nach der Wahl, begründet der Hochschulprofessor und Vorsitzende der *Türkischen Gemeinde in Deutschland*, warum er nicht erneut für die neue Bürgerschaft kandidiert hat: Er ist verbittert über die „verkrusteten Machtstrukturen“, die „Verflechtung und Verfilzung“ und das Blockieren „neuer Impulse und kreativer Ideen“. Man habe ihn als „Vorzeige-Türken“ mißbraucht.

„Eine konstruktive Kritik“, so Keskin, wird „vermieden“ und „führt zunehmend zu einer Lähmung der Parteidynamik, zu einem erheblichen Verlust an Glaubwürdigkeit der Partei“. Das Resultat: Politikverdrossenheit. Das verheerende Wahlergebnis sei ein „deutlicher Hinweis“ darauf. Die SPD „ist nicht mehr Hoffnungsträger bei der Lösung der dringenden Probleme, so bei Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot“, weil „die politische Orientierung zu starr“ sei.

Parteientschlüsse würden nicht umgesetzt – Beispiel Antidiskrimi-



„Verkrustete Machtstrukturen und Verfilzung“: Hakki Keskin verläßt die SPD

Foto: Gregor Maier

nierungsgesetz –, „konzeptionelle Überlegungen nicht angestellt“ und Vorschläge der Opposition „aus Prinzip“ abgelehnt, auch wenn sie mit den Vorstellungen der SPD übereinstimmen. Sachpolitik spiele keine Rolle.

Schlimmer noch: „Als Politikwissenschaftler habe ich in meiner vierjährigen Tätigkeit als Abgeordneter feststellen müssen, daß die wichtigste und praxisnahe Kontrolle, nämlich die von Regierung und Verwaltung durch das Parlament, faktisch nicht stattfindet.“ Damit

würde „die Gewaltenteilung“ außer Kraft gesetzt. Lediglich die Oppositionsparteien bemühten sich um Kontrolle, doch das habe inängels Mehrheit nur „Appellcharakter“.

Keskins engagierter Versuch, 1991 mit seinem Einzug in die Bürgerschaft „ein Signal“ zu setzen und parteiintern Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit zu leisten, stellte sich zu seiner Enttäuschung als vergebliche Liebesmüh heraus. Nie habe man ihn „als Fachmann“ anerkannt, immer nur als „parteiischen Abgeordneten ausländischer Her-

kunft“. Sein Fazit: Die SPD ist nicht in der Lage, „aus eigener Kraft“ den „dringend notwendigen Erneuerungsprozeß herbeizuführen“.

Und weil eine Große Koalition lediglich dazu führen würde, „Pfründe zwischen CDU und SPD neu zu verteilen“, empfiehlt Keskin ein Bündnis mit der GAL. Eine „rot-grüne Koalition ist daher eine Chance nicht nur für Hamburg, sondern auch für den bislang dominierenden Machtfaktor SPD, sich selbstkritisch zu beleuchten und möglicherweise auch zu erneuern.“

## Bürgerschaftsabgeordneter Keskin kritisiert die SPD

wis - Der einzige nicht aus Deutschland stammende Bürgerschaftsabgeordnete Hamburgs, Hakki Keskin (SPD), hat in einer mehrseitigen Stellungnahme erklärt, warum er nicht wieder für die Bürgerschaft kandidiert hat. Danach fühlt sich der Politologe von der Ausländerpolitik der SPD enttäuscht. „Ich will kein Alibi-Ausländer im Parlament sein“, sagte Keskin der WELT.

Keskin hatte maßgeblich an einem Konzept zur Ausländerpolitik mitgearbeitet, das der Sozialausschuß nach ausführlichen Diskussionen mit Staatsräten, Senatoren und Amtsleitern verabschiedet hatte. Doch der Fraktionsvorstand, so Keskin, weigerte sich, das „Paket“ in die Bürgerschaft weiterzuleiten, und legte es, wie Keskin sagt, in einer „zur Unkenntlichkeit überarbeiteten Form“ dem Senat zur Ansicht vor.

In einem von der Bürgerschaft beschlossenen Antrag wurde der Senat aufgefordert, das in der Regierungserklärung vom 15. Dezember 1993

angekündigte Antidiskriminierungsgesetz endlich umzusetzen. Auch das Erlernen der Muttersprache sollte gefördert, das Staatsangehörigkeitsrecht erneuert, die Ausländerbehörde dezentralisiert werden. Doch nichts von alledem, so Keskin, geschah wirklich. „Keine der Maßnahmen wurde in der vergangenen Legislaturperiode in die Tat umgesetzt.“ Für Keskin hat damit die Politik ihre Glaubwürdigkeit verloren. Zugleich kritisierte er auch die Arbeitsstrukturen, die eine Diskussion von Argumenten mit der Fraktionsspitze nicht ermögliche. „Oft entscheidet die Fraktionsspitze ohne Berücksichtigung der Fachkenntnisse, weil sie diese gar nicht kennt“, prangert Keskin undemokratische Strukturen an. „Meine Fachkenntnisse sind hier also gar nicht gefragt.“ Keskin fühlte sich als Einzelkämpfer ohne Rückhalt. Für ihre uneingelösten Versprechen den Immigranten gegenüber habe die SPD am Wahltag die Quittung erhalten, meint Keskin.

### Hamburger Abendblatt

25. September 1997

#### Keskins Kritik

Der scheidende türkisch-deutsche Bürgerschaftsabgeordnete Hakki Keskin (SPD) hat seiner eigenen Partei schwere Vorwürfe gemacht. Beschlüsse der Bürgerschaft zur Ausländerpolitik seien vom SPDgeführten Senat nicht umgesetzt worden, kritisierte der Mitbegründer des Bündnisses türkischer Einwanderer. Wahlversprechen wie ein Anti-Diskriminierungsgesetz seien nicht eingehalten worden. Er sei als „Vorzeigetürke“ der falsche Mann, heißt es in der persönlichen Erklärung von Keskin.

# Kein Vorzeigetürke

■ Der SPD-Abgeordnete Hakkı Keskin fühlt sich von seiner Partei mißbraucht

Berlin (taz) – „Für einen Vorzeigetürken bin ich der falsche Mann.“ Hakkı Keskin, von 1993 bis 1997 SPD-Abgeordneter in der Hamburger Bürgerschaft, erklärte gestern in einem offenen Brief, weshalb er auf eine erneute Kandidatur verzichtet hatte.

Vor vier Jahren wurde der Politikwissenschaftler in den Medien als erster nicht deutschstämmiger Abgeordneter in den Medien gefeiert. Damals, so Keskin, sei er häufig gefragt worden: „Glauben Sie nicht, daß die SPD Sie als Auswärtiges Amt benutzen will?“ Diese Frage, die er damals aufrichtig verneinte, müsse er nach vier Jahren Parlamentsarbeit leider bejahen.

Er habe mit seiner Kritik bewußt bis nach den Hamburg-Wahlen gewartet, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, der SPD zu schaden. Sein Vorhaben, die Politik, die seit Jahren auf SPD-Parteitagen beschlossen wird, zum Wohl der Ausländer umzusetzen, sei völlig gescheitert. Einflußreiche Mitglieder des Fraktionsvorstandes seien nicht bereit, in der Auslän-

derpolitik etwas zu bewegen. Als Beispiel nennt Keskin eine Zehnpunkte-Liste, die in der Bürgerschaft beschlossen worden war. Der Senat wurde darin aufgefordert, eine Reihe konkreter Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der ausländischen MitbürgerInnen zu ergreifen.

Unter anderem sollte der Senat ein Antidiskriminierungsgesetz einbringen und sich für Regelungen für den islamischen Religionsunterricht einsetzen. „Keine der zehn genannten Maßnahmen wurde in der vergangenen Legislaturperiode in die Tat umgesetzt“, so Keskin. Die mannigfachen Einwände würden in der SPD immer dann geäußert, wenn es an die konkrete Umsetzung gehe. Verantwortlich dafür seien die Strukturen der SPD-Fraktion. Sachkompetenz dringe kaum in die Fraktionspitze vor. „Die SPD ist nicht mehr Hoffnungsträger bei der Lösung dringender Probleme, ihre Orientierung ist zu starr“, so das Resümee Keskins.

Eberhard Seidel-Pielen

## Kommentar

# Blind und blöd

Die SPD hat einen Politiker verloren, den sie ohnehin nicht verdient hatte

Zugegeben: Am Anfang gab es Hakkı Keskin und sein schweigsames Hinnehmen sozialdemokratischer Anti-Ausländer-Politik nicht gerade ein rühmliches Bild ab. Doch als er sich einmal entschlossen hatte, die Dinge beim Namen zu nennen, zogen sogar GALierInnen wie Anna Bruns den Hut.

Die Demütigung, als Migrationspolitiker nicht einmal zu den Warteschlangen vor der Ausländerbehörde reden zu dürfen, war selbst für Außenstehende kaum erträglich. Kalt und deutsch haben die Sozis Keskin verschlissenen, als stünden engagierte MitgrantInnen ausgerechnet bei der schrödernden und vorseheraunenden SPD Schlange.

Ob einem der Spitzenpolitiker wohl ein einziges Mal in den Sinn gekommen ist, wie ein Keskin sich fühlt, wenn seine eigene Partei Ausländer zum sicher-

heitspolitischen Problem erklart?

Der Politikprofessor Keskin, der mit seiner Kür zum Vorsitzenden der Türkischen Gemeinde zu einem der wichtigsten Migranten in Deutschland geworden ist, schmückte dennoch die SPD-Fraktion. Klug, scharfsinnig und umsichtig, wie er ist, hätte er eine Brücke zwischen der großen sich Volkspartei nennenden SPD und der großen türkischen Minderheit bauen können.

Dieser verpaßten Chance wird die SPD noch einmal nachweihen, wenn durch ein neues Staatsbürgerrecht die stimmberühmte Bevölkerung nicht deutschen Ursprungs gewachsen ist. Doch soviel Weitsicht kann man von einer Partei, die den an die DVU verlorenen Stimmen hintertrauert, nicht erwarten. Die SPD ist nun mal, wie sie ist: blind und blöd.

Silke Mertins

**N**ein, darüber reden will er nicht. Noch nicht. Irgendwann später vielleicht, kurz vor Ende der Wahlperiode. Aber daß er nicht mehr will, das dürfe man schon schreiben. Also schreiben wir: Hakki Keskin will nicht länger Bürgerschaftsabgeordneter sein für die Sozialdemokraten; im Herbst hört er auf.

Vor vier Jahren hatte die Kandidatur des Hochschullehrers bundesweit, ja gar international Schlagzeilen gemacht. Die „Financial Times“ berichtete ebenso wie türkische Zeitungen ausführlich über den Mann, der als erster türkischer Einwanderer die Interessen der Nicht-Deutschen in einem Parlament vertreten sollte. Seinen Listenplatz hatte Keskin, seit 1975 in der SPD, von dem damaligen Landesvorsitzenden Helmuth Frahm angeboten bekommen. Das Kalkül der Genossen zur Wahl: Seht her, wir kümmern uns um die ausländischen Mitbürger!

Die Rechnung der SPD ging auf. Wie kein zweiter Bürgerschaftsabgeordneter war Keskin bundesweit präsent. Engagiert und einfallsreich kämpfte er für die doppelte Staatsbürgerschaft und gegen den Visumszwang für Kinder. Allerdings tat er dies häufig gegen die SPD und weniger in seiner Funktion als Abgeordneter, sondern als Bundesvorsitzender der Türkischen



Rainer Busch

## **Einsteiger – Aussteiger**

Gemeinde. In der Bürgerschaft blieb es merkwürdig still um Keskin. Sind „seine“ Themen dran, ergreifen meist andere das Wort – Keskin hat in der Fraktion einen schweren Stand.

Das ging und geht anderen Quereinsteigern ebenso: der Sängerin Riekje Weber etwa, von der SPD 1991 auf Platz fünf gehoben, warf nach zwei Jahren entnervt das Handtuch. Oder Karl-Heinz Hoheisel, Handwerker in der CDU, der gegen seine Fraktion für den Verkauf der Hafestraße stimmte und zwischenzeitlich mit der Gründung einer eigenständigen Handwerker-Liste liebäugelte.

Warum es Quereinsteiger so schwerhaben? Offenbar gelingt es ihnen nicht, den politischen Realitäts-Schock zu überwinden. Denn gefragt ist nicht der offene Diskurs, die Auseinandersetzung um den richtigen Weg, die Kritik. Zumal in einer Regierungsfraktion hat die Wahrung der Partei-Disziplin oberste Priorität. Gefragt ist die Verlässlichkeit bei Abstimmungen, die Fähigkeit, sich unterzuordnen. Eigene Überzeugungen sind am besten an der Garderobe der Bürgerschaft abzulegen. Wer gegen die Fraktion stimmt, muß mit Abstrafung rechnen.

So wird auch der Rückzug von Keskin Zeitungsspalten füllen. Nur ist das Signal für die SPD diesmal ein verheerendes: Wenn es der Fraktion nicht einmal gelingt, einen Einwanderer zu integrieren – wie soll es dann der Gesellschaft gelingen?

## Hakki, der Gerechte, gibt auf

Thomas Wolgast

Wie hatte man ihn gefeiert, den frisch gewählten Politik-Professor Hakki Keskin (54). Einen geborenen Osmanen mit deutscher und türkischer Staatsbürgerschaft. Das war vor gut drei Jahren nach der Bürgerschaftswahl. Keskin war auf einem sicheren Listenplatz für die SPD ins Hamburger Parlament gelangt und sollte als „Vorzeigtürke“ beweisen, daß Sozialdemokraten für die Sorgen ausländischer Minderheiten in der Bundesrepublik ein weit offenes Ohr haben.

Aber Keskin, der seit mehr als 30 Jahren in Deutschland lebt — nur einmal zwischen 1978 und 1980 kehrte er als Berater des damaligen türkischen Premierministers Bülent Ecevit in sein Geburtsland zurück — entwickelte mehr Aktivitäten als den Genossen lieb war.

Daß er vor zwei Jahren die „türkische Gemeinde“, einen Dachverband für die rund 2,2 Millionen Türken in der Bundesrepublik gründete und sich als Bundesvorsitzender wählen ließ, störte seine deutschen politischen Freunde weniger. Aber als er in der SPD-Fraktion eine Lanze für ein Antidiskriminierungsgesetz und für die doppelte Staatsbürgerschaft brach, „da kam ich mir vor, wie auf einem anderen Planeten“, und er äußerte den Verdacht, „als Nichtwähler würden Menschen ausländischer Herkunft von den Parteien nicht ernst genom-

men“. Gestern wurde bekannt, daß Hakki („der Gerechte“) Keskin nicht wieder für die Bürgerschaft kandidieren will. Mitglied der SPD ist er seit 1975.

Hoch hinaus hingegen will CDU-Fraktionschef Ole von Beust. Mit einer für die eher konservative Hamburger CDU ungewöhnlich lockeren Werbekampagne hat der smarte Christdemokrat den Vorwahlkampf eröffnet. „Ich bin für Ole“, lautet die Botschaft auf Plakaten mit den Konterfeis von

CDU-Anhänger, die selbst formuliert haben, warum sie „Ole“ wählen würden: Weil sie „auch nachts entspannt U-Bahn fahren“ möchte, sagt ein frech aussehende Schülerin und ein junger Farbiger mit umgedrehter Baseball-Mütze formuliert: „Ich glaube Ole von Beust weiß, was meine Generation denkt und fühlt“.

Zu diesem Wahlkampfstil fügt sich, daß der CDU-Kandidat auf dem Gelände der Kampnagel-Fabrik, auf dem sich eher die linke Theaterszene tummelt, Talk-Runden abhält. Offensichtlich will der 41jährige eine Gruppe ansprechen, mit der die Hamburger CDU bislang so ihre Schwierigkeiten hatte: die jungen Leute. Daß sich Ole von Beust im Streit um die geplante Schließung der Bavaria-Brauerei in St. Pauli dazu hinreißen ließ, öffentlich zum Boykott von „Jever“-Bier aufzurufen (Bavaria Besitzer Brau und Brunnen will die Marke „Jever“ behalten) war wohl eher ein Fehler: „Jever“-Fans protestierten.

## Nach vier Jahren genug von der Bürgerschaft SPD-Professor Keskin kandidiert nicht mehr

Von CHRISTIAN KERSTING  
Hamburgs SPD verliert ihren „Parade-Ausländer“. Der in der Türkei geborene Politik-Professor Hakki Keskin (Foto, 54) hat nach nur vier Jahren in der Bürgerschaft von der Politik die Nase voll, verzichtet für die September-Wahl auf eine erneute Kandidatur.

„Ja, ich kandidiere nicht. Mehr möchte ich jetzt nicht sagen“, bestätigte Keskin auf Anfrage von BILD-Hamburg. Ist es richtig, daß Sie mit der Ausländerpolitik der SPD unzufrieden sind, deshalb aus der Politik aussteigen? wollte BILD-Hamburg weiter wissen. Keskin: „Ich werde mich dazu später äußern.“



1993 war der frühere Planungsberater des türkischen Ministerpräsidenten Ecevit vom SPD-Vorstand als Seiteninsteiger auf den sicheren Listenplatz 50 gesetzt worden, als Zeichen gegen die Ausländerfeindlichkeit. 1996 aber lehnten Senat und SPD ein von Keskin gefordertes Anti-Diskriminierungsgesetz ab.

Keskin, der schon 1975 als Student in Berlin SPD-Mitglied wurde, ist der bisher erste und einzige Ausländer in der Bürgerschaft, sitzt im Verfassungs- und Sozialausschuß. Seit 1995 ist er Bundesvorsitzender der „Türkischen Gemeinde“ (Dachverband der 2,2 Millionen Türken in Deutschland).